

Abrechnung für laufende Ausgaben für das Jahr 2018

laut Artikel 20/bis des Landesgesetzes vom 30. April 1991, Nr. 13

Bereich Behinderung, Sozialpsychiatrie und Abhängigkeitserkrankungen Arbeitseingliederung von benachteiligten Personen in Sozialgenossenschaften vom Typ B

An die Autonome Provinz Bozen – Südtirol
24. Abteilung Soziales
24.3. Amt für Menschen mit Behinderungen
Kanonikus-Michael-Gamper-Str. 1
39100 Bozen (BZ)

Tel. 0471 41 82 70

E-Mail: menschen.behinderungen@provinz.bz.it

PEC: disabilita.behinderung@pec.prov.bz.it

www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft

Der/Die Antragsteller/in

Familienname _____ Vorname _____

Geburtsort _____ Provinz _____ Staat _____

Geburtsdatum _____ Geschlecht männlich weiblich

Wohnhaft in PLZ _____ Ort _____ Provinz _____

Straße/Platz _____ Nummer _____

Telefon _____ E-Mail _____

Steuernummer _____

Gesetzliche/r Vertreter/in der **Genossenschaft** _____

Rechtssitz: PLZ _____ Ort _____ Provinz _____

Straße/Platz _____ Nummer _____

Telefon _____ E-Mail _____

Internetseite _____

Verwaltungssitz: PLZ _____ Ort _____ Provinz _____

Straße/Platz _____ Nummer _____

Telefon _____ E-Mail _____

MwSt.Nr _____ Steuernr. _____

IBAN _____

Kontaktperson _____

Telefon _____ E-Mail _____

Gegenstand der Abrechnung: Auszahlung des Restbeitrages für laufende Ausgaben

Dekret Nr. _____ vom _____
gewährter Beitrag Euro _____
zugelassene Ausgabe Euro _____
vorgelegte Ausgabenbelege Euro _____

Erklärungen und weitere Angaben:

Der/Die Antragsteller/in erklärt unter eigener Verantwortung, im Sinne des Art. 47 des D.P.R. 445/2000, folgendes:

die für das Jahr _____ zum Beitrag zugelassene Tätigkeit ist durchgeführt worden:

- vollständig
- teilweise (Grund erläutern) _____

die Mehrwertsteuer (I.V.A.) hinsichtlich der den Beitrag betreffenden Ausgaben ist:

- nicht abzugsfähig
- in vollem Ausmaß abzugsfähig
- teilweise abzugsfähig _____ %

ERKLÄRUNG EFFEKTIV GETÄTIGTE AUSGABEN IM JAHR 2018		
	Euro	- dem Amt vorbehalten -
Ausgaben für benachteiligtes Personal - befristeter Arbeitsvertrag	_____	_____
Ausgaben für benachteiligtes Personal - unbefristeter Arbeitsvertrag	_____	_____
Speserückvergütungen für benachteiligtes Personal	_____	_____
Ausgaben für Sozialreferent/in + Speserückvergütung	_____	_____
Ausgaben für Tutor/Bezugsperson am Arbeitsplatz + Speserückvergütung	_____	_____
Ausgaben für den Direktor + Speserückvergütung	_____	_____
Speserückvergütung freiwillige Mitarbeiter	_____	_____
Anteil allgemeine Spesen (Spalte E)	_____	_____
GESAMTE AUSGABEN	_____	_____

- alle obgenannten Ausgabenbelege sind im Besitz der Körperschaft und alle erklärten Ausgaben wurden effektiv bezahlt
- die Unterlagen der erklärten Ausgabenbelege entsprechen den geltenden Gesetzesbestimmungen, lauten auf den Namen der begünstigten Körperschaft und entsprechen der zum Beitrag zugelassenen Tätigkeit

Anlagen:

- quitierte originale Ausgabenbelege, bezüglich der einzelnen zugelassenen Ausgabeposten, bis zur Höhe des gewährten Beitrages;
- analytische Aufstellung der eingereichten Ausgabenbelege
- Kurzbericht über die eventuelle Minderanzahl der eingegliederten benachteiligten Personen
- Erklärung über die Vorsteuereinbehaltspflicht von 4% gemäß Art. 28 des D.P.R. vom 29. September 1973, Nr. 600, (IRES, ex IRPEG)

Der/Die Gesuchsteller/in ist darüber informiert, dass unvollständige und der Wahrheit nicht entsprechende Angaben im Sinne des Art. 76 des D.P.R. Nr. 445/2000 strafrechtlich verfolgt werden können und dass die unrechtmäßig erhaltenen Beiträge rückerstattet werden müssen.

Information zum Datenschutz:

Informationen gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

- Der Antragsteller/die Antragstellerin hat Einsicht in die Information über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten genommen, abrufbar über folgendem Link:

<http://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/beitraege/beitraegean-oeffentliche-und-private-soziale-koerperschaften.asp>

Ort und Datum

Unterschrift

(digitale Unterschrift oder leserliche Unterschrift des/der gesetzlichen Vertreters/in und Stempel der Genossenschaft)

Im Sinne von Art. 38 des D.P.R. vom 28. Dezember 2000, Nr. 445, wurde die vorliegende Abrechnung:

- mit folgender zertifizierter elektronischer Post der ansuchenden Körperschaft übermittelt (PEC):
-

Für Informationen:

Hubert Morandell: tel. 0471/418278

hubert.morandell@provinz.bz.it

Aufstellung der vorgelegten Ausgabenbelege

(Beispiel)

Personalspesen

1) Benachteiligtes Personal - befristet

(zusammenfassende Übersicht)

Nr.	Beschreibung	Zeitraum	Gesamte Jahreskosten	
1	Name des Angestellten	Jahr		
2	Name des Angestellten	Jahr		
3	Name des Angestellten	Jahr		
			gesamt	

2) Benachteiligtes Personal - unbefristet

(zusammenfassende Übersicht)

Nr.	Beschreibung	Zeitraum	Gesamte Jahreskosten	
4	Name des Angestellten	Jahr		
5	Name des Angestellten	Jahr		
6	Name des Angestellten	Jahr		
			gesamt	

3) Sozialfachkraft

(zusammenfassende Übersicht/Honorarnote/Rechnung)

Nr.	Beschreibung	Zeitraum	Gesamte Jahreskosten	
7	Name	Jahr		
			gesamt	

4) Tutor

(zusammenfassende Übersicht/Honorarnote/Rechnung)

Nr.	Beschreibung	Zeitraum	Gesamte Jahreskosten	
8	Name	Jahr		
9	Name	Jahr		
			gesamt	

5) Direktor

(zusammenfassende Übersicht/Honorarnote/Rechnung)

Nr.	Beschreibung	Zeitraum	Gesamte Jahreskosten	
10	Name	Jahr		
			gesamt	

Gesamtbetrag

Die Aufstellung der Ausgaben ist auf Briefpapier der Genossenschaft abzufassen und auf der letzten Seite mit dem Stempel der Körperschaft und der Unterschrift des gesetzlichen Vertreters zu versehen.

ERKLÄRUNG

Der/die Unterfertigte _____ als

Inhaber des Einzelbetriebes gesetzlicher Vertreter der Gesellschaft, Körperschaft, Verbandes, Vereins, usw.

(Firmenbezeichnung) _____

mit Sitz in _____ Straße/Platz _____

Steuernr. _____ MwSt. Nr. _____

bewusst, dass unwahre Erklärungen strafrechtlich gemäß Art. 76 des D.P.R. vom 28/12/2000, n. 445 bestraft werden, und dass jene Verwaltung auch stichprobenartige Kontrollen durchführen wird in Bezug auf die abgegebenen Erklärungen,

erklärt

dass der gemäß L.G. vom **30. April 1991, Nr. 13** gewährte Beitrag, worauf sich das Gesuch, welchem die gegenständliche Erklärung beigelegt wird, bezieht, hinsichtlich der Vorsteuereinbehaltspflicht von 4% gemäß Art. 28 Abs. 2 des D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600, wie folgt einzustufen ist: ⁽¹⁾

Nicht gewerbliche Organisationen	<input type="checkbox"/> <i>Obwohl der Begünstigte nicht ausschließlich oder vorwiegend eine Handelstätigkeit ausübt, dient der Beitrag zur Verminderung von Betriebslasten oder zur Deckung von Defiziten der Betriebsführung, die auch Einnahmen aus einer gelegentlichen Handelstätigkeit enthält; (vorsteuereinbehaltspflichtig; im Falle von Finanzierungsquoten seitens der E.U., ist diese Quote nicht der Vorsteuer unterworfen)</i> <input type="checkbox"/> Der Beitrag dient ausschließlich zur Deckung von Ausgaben oder Betriebsverlusten, die sich bei der Durchführung von institutionellen Aufgaben ergeben; ⁽²⁾ (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig) <input type="checkbox"/> Die begünstigte Körperschaft ist eine ehrenamtlich tätige Organisation – ONLUS – (im Landesverzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen, Genossenschaften, Vereine, usw. laut Art. 10, D. Lg. N. 460/97 eingetragen); ⁽³⁾ (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig) <input type="checkbox"/> Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern oder anderer Güter, die nicht Gegenstand der Unternehmenstätigkeit sind; (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig) <input type="checkbox"/> Der Beitrag bezieht sich nur auf Kosten für den Besuch bzw. für die Abwicklung von Weiterbildungsveranstaltungen/Kurse, Schulungen; (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig) <input type="checkbox"/> Der Beitrag ist von der genannten Pflicht des Vorsteuerabzuges aufgrund einer anderslautenden Gesetzesbestimmung _____ befreit; ⁽⁵⁾ (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)
Unternehmen und gewerbliche Organisationen	<input type="checkbox"/> <i>Der Beitrag dient zur Verminderung von Betriebslasten oder zur vollen Deckung von Betriebsverlusten einer Handels- oder Unternehmenstätigkeit; ⁽⁴⁾ (vorsteuereinbehaltspflichtig)</i> <input type="checkbox"/> <i>Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist; (vorsteuereinbehaltspflichtig Bez. Art. 6 Abs. 3 und Art. 55, Abs. 2, Buchst. c des DPR 917/86)</i> <input type="checkbox"/> <i>Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und nicht in den Rahmen des Art. 33 des D.P.R. 917/86 fällt; (vorsteuereinbehaltspflichtig)</i> <input type="checkbox"/> Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und in den Rahmen des Art. 33 des D.P.R. 917/86 fällt; (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig) <input type="checkbox"/> Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern oder anderer Güter, die nicht Gegenstand der Unternehmenstätigkeit sind; (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig) <input type="checkbox"/> Der Beitrag bezieht sich nur auf Kosten für den Besuch bzw. für die Abwicklung von Weiterbildungsveranstaltungen/Kurse, Schulungen; (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig) <input type="checkbox"/> Der Beitrag ist von der genannten Pflicht des Vorsteuerabzuges aufgrund einer anderslautenden Gesetzesbestimmung _____ befreit; ⁽⁵⁾ (nicht vorsteuereinbehaltspflichtig)

Außerdem erklärt der Unterfertigte, dass er eventuelle Änderungen zu dieser Erklärung unverzüglich mitteilen wird, eingeschlossen besonders diejenige, die vom Art. 149 des D.P.R. 22.12.1986, Nr. 917 vorgesehen sind (mit Bezug auf den Verlust der Qualifizierung als nicht gewerbliche Organisation).

Gemäß Art. 13 des EU - DSGVO 2016/679 erklärt er/sie hiermit, angemessen über die Verwendung seiner/ihrer personenbezogenen Daten und insbesondere über deren Verarbeitung, im notwendigen Maße zur Erreichung der institutionellen Zwecke, informiert worden zu sein.

Datum

Unterschrift und Stempel

⁽¹⁾ Zutreffendes ankreuzen

⁽²⁾ Bez. Art. 143, Absatz 1 des D.P.R. 22.12.1986, Nr. 917; Die Einnahmen setzen sich in diesem Fall aus Mitgliedsbeiträgen oder Beiträgen öffentlicher Verwaltungen zusammen. Stammen die Einnahmen aus einer Handelstätigkeit, so werden diese in der Buchhaltung getrennt von den Einnahmen für institutionelle Tätigkeiten geführt, für welche der Zuschuss beantragt wird (Art. 144, Absatz 2 D.P.R. 917/86)

⁽³⁾ Bez. Art. 16 D.Lgs. 460/97;

⁽⁴⁾ d.h. eines steuerpflichtigen Subjektes, das eine Tätigkeit ausübt, welche laut Art. 55 des D.P.R. 917/86 ein Unternehmenseinkommen erzeugt;

⁽⁵⁾ Art, Datum und Nummer der Gesetzesbestimmung eintragen